

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung	29
A. Problemaufriss	29
B. Ziel der Untersuchung	31
C. Themeneingrenzung	32
D. Gang der Untersuchung	33
E. Begriffsbestimmungen	34
1. Kapitel. Die Qualifikation als Amtsträger im deutschen Strafrecht	37
A. Der Begriff des deutschen Amtsträgers	37
B. Das Rechtsgut der Amtsdelikte	68
2. Kapitel. Der ausländische Amtsträger im deutschen Strafrecht	78
A. Das Tätigwerden von ausländischen Amtsträgern in Deutschland	78
B. Die Einbeziehung ausländischer Rechtsgüter in den Schutzbereich deutscher Straftatbestände	90
C. Erforderlichkeit von Gleichstellungsklauseln	111
3. Kapitel. Überblick über Gleichstellungsklauseln für ausländische Amtsträger	115
A. Korruptionsstrafrecht	116
B. Die Gleichstellung Europäischer Amtsträger	173
C. Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit	222
D. Sonstige Rechtshilfe in Strafsachen	280
E. Zur Verschwiegenheit verpflichtende Gleichstellungsklauseln	313

4. Kapitel. Klassifikation und Analyse der untersuchten Gleichstellungsklauseln	318
A. Klassifikation	318
B. Analyse der untersuchten Gleichstellungsklauseln	331
C. Zusammenfassung: Solidarität vs. Territorialität	353
5. Kapitel. Reformbedürftigkeit des deutschen Amtsträgerbegriffs	356
A. Keine Gleichstellung, sondern Anwendung des Rechts des Herkunftsstaats	356
B. Verbreitung des Gleichstellungsprinzips	357
C. Rechtspolitischer Ausblick	370
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	373
Literaturverzeichnis	381

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung	29
A. Problemaufriss	29
B. Ziel der Untersuchung	31
C. Themeneingrenzung	32
D. Gang der Untersuchung	33
E. Begriffsbestimmungen	34
I. Gleichstellungsklausel	34
II. Ausländischer Amtsträger	35
1. Kapitel. Die Qualifikation als Amtsträger im deutschen Strafrecht	37
A. Der Begriff des deutschen Amtsträgers	37
I. Historisch: Definition in § 359 des Reichstrafgesetzbuchs	38
1. Die ursprüngliche Fassung von 1871	38
a) Der staatsrechtliche Beamtenbegriff	39
b) Der strafrechtliche Beamtenbegriff	39
2. Die Neufassung des § 359 StGB a.F.	40
3. Die Einführung der heutigen Legaldefinition des § 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB	40
4. Erster Entwurf einer Gleichstellungsklausel für Angestellte privater Betriebe	42
5. Zusammenfassung	44
II. Die heutige Konzeption des Amtsträgerbegriffs	45
1. Die Legaldefinition des § 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB	45
a) Der Anwendungsbereich der Legaldefinition in § 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB	45
b) Der Beamtenbegriff des § 11 Abs. 1 Nr. 2a) StGB	48
c) Sonstiges öffentlich-rechtliches Amtsverhältnis gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 2b) StGB	49
d) Sonstige Bestellung zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 2c) StGB	50
e) Zusammenfassende Stellungnahme	51

2. Verankerung der Amtsträgereigenschaft im deutschen Recht	52
a) Allgemein: Der originär innerstaatliche Bezug des deutschen Strafrechts	53
b) Allgemein: Grundrechtliche Verankerung in 33 Abs. 4 GG	54
c) Spezifisch: Besondere Pflichtbindung des Amtsträgers gegenüber einem Hoheitsträger der Bundesrepublik Deutschland	56
d) Spezifisch: Gebrauch des Amtsträgerbegriffs in den Tatbeständen des StGB	56
e) Zusammenfassung: Amtsdelikte als Souveränitätskern des deutschen Strafrechts	57
III. Übersicht über die Amtsdelikte im StGB	58
1. Überblick	59
2. Systematik der Amtsdelikte im StGB	60
a) Delikte von Amtsträgern	60
b) Delikte gegen Amtsträger: sog. Amtsschutzdelikte	63
c) Delikte unter Mitwirkung von Amtsträgern	64
IV. Kritik an der Systematik der Legaldefinition des „Amtsträgers“ und dessen Verwendung	65
1. Kritik an der Konzeption der Legaldefinition	65
2. Kritik an der Systematik der Amtsdelikte	66
3. Eigene Stellungnahme	68
B. Das Rechtsgut der Amtsdelikte	68
I. Rechtsgüter als Schutzobjekt im Strafrecht	69
1. Rechtsgüterschutz als Aufgabe des Strafrechts	69
2. Arten von Rechtsgütern	70
a) Individualrechtsgüter und Allgemeinrechtsgüter	70
b) Staatliche und kollektive Allgemeinrechtsgüter	71
II. Rechtsgutskonzeption	72
1. Meinungsstand	72
a) Überholte historische Auffassungen: Lehre von der Dienstpflichtverletzung und Lehre von der Amtspflichtverletzung	72
b) Stimmen gegen die Annahme eines gemeinsamen Rechtsguts	73
c) Gemeinsames einheitliches Rechtsgut?	74
d) Stellungnahme	75

2. Zwischenfazit: Gemeinsames Rechtsgut des ordnungsgemäßen Funktionierens von staatlicher Verwaltung und Rechtsprechung	76
2. Kapitel. Der ausländische Amtsträger im deutschen Strafrecht	78
A. Das Tätigwerden von ausländischen Amtsträgern in Deutschland	78
I. Beispiel für den Aufenthalt ausländischer Amtsträger in Deutschland: Der ausländische Polizist	78
II. Anforderungen des Grundgesetzes: Horizontale Öffnung	80
III. Einordnung des Handelns von ausländischen Amtsträgern	82
1. Hoheitsrechtsübertragung oder Hoheitsrechtsbeschränkung?	82
2. Zurechnung zur nationalen Hoheitsgewalt	83
IV. Völkerrechtliche Grundsätze	85
1. Territoriale Souveränität und Gebietshoheit	86
2. Völkerrechtliche Immunität	87
V. Rechtsgrundlagen für das Handeln von ausländischen Amtsträgern in Deutschland	88
VI. Zusammenfassung	89
B. Die Einbeziehung ausländischer Rechtsgüter in den Schutzbereich deutscher Straftatbestände	90
I. Terminologie	90
1. Ausländische Rechtsgüter	90
2. Supranationale Rechtsgüter	91
II. Grundsatz: Beschränkung auf den Schutz inländischer staatlicher Tätigkeit	92
1. Überblick über den Meinungsstand - Ausschluss-theorie	92
2. Stellungnahme	94
III. Erstreckung des Strafschutzes der Amtsdelikte auf ausländische staatliche Rechtsgüter	96
1. Der Schutzwürdigkeit ausländischer Individualrechtsgüter	96
a) Völkerrechtlicher „minimum standard of justice“	96
b) Verfassungsrechtliche Argumentation	97
c) Zusammenfassende Stellungnahme	97
2. Ansätze zur Bejahung des Schutzes ausländischer Allgemeinrechtsgüter - Einschluss-theorien	98
a) Rechtsprechung	99
b) Oehler	99

c) Schlüchter	100
d) Lüttger	101
e) Die Auslegungsfrage	101
3. Zusammenfassung	102
IV. Die Erstreckung des Strafschutzes auf supranationale staatliche Allgemeinrechtsgüter	104
1. Assimilierungspflicht der EU-Mitgliedstaaten beim Schutz von supranationalen Rechtsgütern	104
2. Beispiel eines supranationalen Rechtsguts: die Lauterkeit der Amtsführung der EU-Bediensteten	106
V. Erstreckung des Strafschutzes auf staatliche Allgemeinrechtsgüter ausländischer europäischer Staaten?	107
1. Wechselseitige mitgliedstaatliche Verpflichtung zum Schutz kollektiver Allgemeinrechtsgüter	107
2. Keine wechselseitige mitgliedstaatliche Verpflichtung zum Schutz von staatlichen Allgemeinrechtsgütern	108
VI. Verhältnis zwischen dem Strafanwendungsrecht und der Schutzbereichsfrage	109
C. Erforderlichkeit von Gleichstellungsklauseln	111
I. Zusammenfassung der bisher gefundenen Ergebnisse	112
II. „Technische“ Möglichkeiten zur Gewährung des Schutzes ausländischer Rechtsgüter	113
1. Schutzbereichsausweitung für supranationale Rechtsgüter durch Auslegung	113
2. Flexibles Instrument: Gleichstellungsklauseln	114
3. Kapitel. Überblick über Gleichstellungsklauseln für ausländische Amtsträger	115
A. Korruptionsstrafrecht	116
I. Jüngere Entwicklungen im Korruptionsstrafrecht	117
1. Das Gesetz zu dem Protokoll zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der europäischen Gemeinschaft – EuBestG	118
a) Entstehungsgeschichte	118
b) Der Amtsträgerbegriff des EuBestG	119
c) Die Einbeziehung der ausländischen Rechtsgüter	122
2. Die Regelungen des InBestG	124
a) Entstehungsgeschichte	124
b) Der Amtsträgerbegriff im InBestG	125

c) Die Einbeziehung ausländischer Rechtsgüter	127
3. Zusammenfassung	128
II. Die Einfügung von § 335a StGB	129
1. Rechtsquelle	131
a) Umsetzung völkerrechtlicher Verpflichtungen	131
b) Überobligatorische Umsetzung durch den deutschen Gesetzgeber	133
2. Zweck	134
a) Internationale Korruptionsbekämpfung	135
b) Rechtsklarheit	135
c) Schutz der Lauterkeit der ausländischen öffentlichen Verwaltung	136
d) Keine Rechtfertigung durch den Schutz von Unionsinteressen	137
3. Anwendungsbereich und Reichweite	138
a) Überblick zur Systematik des § 335a StGB	138
b) Zusammenspiel zwischen § 335a StGB und dem Strafanwendungsrecht	139
c) Terminologie des § 335a StGB: der Begriff des Bediensteten	140
aa) Auslegung nach deutschem Recht	141
bb) Auslegung nach dem Heimatrecht des Bediensteten	142
cc) Kumulative Auslegung	143
dd) Auslegung anhand der zugrunde liegenden Abkommen	143
(1) Verhältnis der Spezialität	145
(2) Verhältnis der Alternativität	146
(3) Kumulation	147
ee) Zusammenfassung	148
d) Immunität ausländischer Bediensteter	149
4. Diskussion	150
a) Begriffliche Auslegungsprobleme	151
b) Auswirkungen auf den Rechtsgüterschutz	153
aa) Der Rechtsgüterschutz bei §§ 331 ff.	154
bb) Veränderter Rechtsgüterschutz der § 331 ff. StGB durch die Einführung der Gleichstellungsklausel des § 335a StGB	155
(1) Der Schutz der ausländischen öffentlichen Verwaltung	155

(2) Der internationale Wettbewerb als Schutzgut	157
(3) Die inländischen Institutionen als Schutzgut von § 335a StGB	158
(4) Eigene Ansicht: Eine geteilte Rechtsgüterbetrachtung mit Vermutungswirkung	160
(5) Folgefragen einer geteilten Rechtsgüterbetrachtung	162
c) Verfassungsrechtliche Bedenken	164
aa) Verstoß gegen den Bestimmtheitsgrundsatz	164
bb) Verstoß gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip	164
d) Völkerrechtliche Bedenken	165
e) Stellungnahme	168
III. Zusammenfassende Betrachtung des Korruptionsstrafrechts	170
1. Besonderheiten des Korruptionsstrafrechts	170
2. Internationalisierung und Europäisierung des Schutzguts der §§ 331 ff. StGB	172
3. § 335a StGB als Anzeichen für eine überholte deutsche Amtsträgerkonzeption	172
B. Die Gleichstellung Europäischer Amtsträger	173
I. Die Legaldefinition gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 2a StGB	173
1. Rechtsquelle	174
a) Grundlagen des europäischen Dienstrechts	176
b) Vom Gemeinschaftsbeamten zum Europäischen Amtsträger	179
aa) Beamter oder Bediensteter	180
bb) Abgeordnete Amtsträger	180
cc) Amtsträger der Einrichtungen der EU	181
2. Zweck	182
a) Verbesserung des Schutzes der finanziellen Interessen der EU	182
b) Korruptionsbekämpfung auf europäischer Ebene	184
c) Rechtsklarheit	187

3. Anwendungsbereich und Reichweite	187
a) Regelungsgegenstand	188
aa) Europäischer Amtsträger gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 2a lit. a StGB	188
(1) Mitglied der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank oder des Rechnungshofes gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 2a lit. a Var. 1-3 StGB	188
(2) Mitglied eines Gerichts der Europäischen Union gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 2a lit. a Var. 4 StGB	190
bb) Europäischer Amtsträger gem. § 11 Abs. 1 Nr. 2a lit. b StGB	191
cc) Europäischer Amtsträger gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 2a lit. c StGB	193
b) Anwendungsbereich der Legaldefinition	196
c) Strafanwendungsrechtliche Erweiterung	197
d) Immunität der Europäischen Amtsträger	200
4. Probe am Beispiel der europäischen Staatsanwaltschaft	203
a) Die zentrale Ebene	204
b) Die dezentrale Ebene	206
c) Tabellarische Übersicht	209
5. Diskussion	210
a) Vereinbarkeit mit dem Bestimmtheitsgrundsatz	210
b) Systematische Stellung in § 11 StGB	215
c) Symbolcharakter der Vorschrift	217
6. Zusammenfassung	218
II. Fazit: Das Stufenmodell der Schutzwürdigkeit	221
C. Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit	222
I. Europäischer Kontext	224
II. Art. 42 des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ)	225
1. Rechtsquelle und Hintergrund	226
a) Die Schengener Übereinkommen	226
b) Geltung des SDÜ in Deutschland	228
2. Zweck: Die Notwendigkeit einer Gleichstellungsklausel für ausländische Beamte	230
a) Primärziele des SDÜ	231
b) Sekundärziele der Gleichstellungsklausel	231

3. Anwendungsbereich und Reichweite	232
a) Einschreiten nach Maßgabe einer grenzüberschreitenden Observation oder Nacheile	233
aa) Die grenzüberschreitende Observation	233
bb) Die grenzüberschreitende Nacheile	234
b) Von der Gleichstellung erfasster Personenkreis	237
c) Bindung an das Recht des Gebietsstaats	238
d) Anwendbare Amtsdelikte	239
e) Keine vollumfängliche Gleichstellung	239
f) Immunitätsregelungen zugunsten von ausländischen Beamten als Täter	240
4. Anwendungsprobe der Gleichstellungsklausel	241
a) Rechtmäßige Nacheile	242
aa) Keine originäre Einbeziehung in den Schutzbereich	242
bb) Kein Individualschutz durch § 113 Abs. 1 StGB für ausländische Beamte	243
cc) Kein Schutz der ausländischen Staatsgewalt durch § 113 StGB	246
dd) Erweiterung des persönlichen Anwendungsbereichs durch Art. 42 SDÜ	247
b) „Fehlerbehaftete“ Nacheile	249
aa) Fehler auf der Durchführungsebene	249
bb) Fehler auf der Maßnahmenebene	253
c) Zwischenergebnis	256
5. Diskussion	257
a) Rechtliche Einordnung der Befugnisse im SDÜ	257
b) Eine Gleichstellung, die keine ist?	259
c) Konflikt mit dem Strafanwendungsrecht	261
d) Keine Integration ins Kernstrafrecht	262
e) Auswirkungen einer unsicheren Rechtslage	263
6. Zusammenfassung	264
III. Art. 31 des Prümer Vertrags	265
1. Rechtsquelle und Hintergrund	266
a) Bedeutendes Rechtsinstrument der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit	266
b) Integration ins Unionsrechts	267
2. Zweck	269
a) Primärziele des Prümer Vertrages	269
b) Sekundärziele der Gleichstellungsklausel	269

3. Anwendungsbereich	270
a) Gemeinsame Einsatzformen	270
b) Maßnahmen bei gegenwärtiger Gefahr	272
c) Anwendbare Amtsdelikte	272
d) Immunitätsregelungen	273
e) Auswirkungen von Einsatzfehlern auf die Anwendung der Gleichstellungsklausel	274
4. Diskussion	276
a) Rechtliche Einordnung der Befugnisse	276
b) Weiterentwicklung der Gleichstellungsklausel gegenüber Schengen	277
5. Zusammenfassung	279
IV. Fazit zur Gleichstellung der ausländischen Amtsträger in der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit	279
D. Sonstige Rechtshilfe in Strafsachen	280
I. Ausländische Beamte in der Struktur der sonstigen Rechtshilfe in Strafsachen	282
II. Art. 15 EU-RhÜbk	285
1. Rechtsquelle	285
2. Zweck	286
3. Anwendungsbereich und Reichweite	287
a) Gemeinsame Ermittlungsgruppen	287
aa) Rechtsgrundlagen	288
bb) Die Errichtung von Gemeinsamen Ermittlungsgruppen	288
cc) Befugnisse der beteiligten Beamten	289
b) Sonderformen operativer Einsätze	291
c) Immunitätsregelungen	291
4. Diskussion	292
a) Rechtliche Einordnung der Befugnisse	292
b) Gleichstellungswirkung von Art. 15 EU-RhÜbk	292
c) Strafanwendungsrechtliche Implikationen	293
d) „Passive“ Rechtshilfe	294
5. Zusammenfassung	295
III. § 98d IRG	295
1. Rechtsquelle	296
a) Die europäische Ermittlungsanordnung	297
b) Umsetzung von Art. 17 der RL EEA	298
2. Zweck	299

3. Anwendungsbereich und Reichweite	300
a) Erfasste Amtshandlungen	300
aa) Allgemein	300
bb) Insbesondere: Verdeckte Ermittlungen	301
(1) Rechtsgrundlage	301
(2) Rechtsstellung und Befugnisse	302
(3) Anwendbare Amtsdelikte	304
bb) Kontrollierte Lieferungen	305
b) Bindung an das Recht des Anordnungsstaats?	306
c) Reichweite der Gleichstellung	307
4. Diskussion	308
a) Rechtliche Einordnung der Befugnisse	308
b) Bewertung der Gleichstellungsklausel	309
c) International strafprozessualer Gleichbehandlungsgrundsatz	310
5. Zusammenfassung	311
IV. Fazit zur Gleichstellung ausländischer Amtsträger im Bereich der Rechtshilfe in Strafsachen	312
E. Zur Verschwiegenheit verpflichtende Gleichstellungsklauseln	313
I. § 8 EuropolG a.F.	314
II. Kontroverse Auseinandersetzung	314
1. Zulässigkeit im Kompetenzgefüge der Union	315
2. Immunität für Europol-Bedienstete	315
III. Ergebnis	316
4. Kapitel. Klassifikation und Analyse der untersuchten Gleichstellungsklauseln	318
A. Klassifikation	318
I. Gegenüberstellung der untersuchten Gleichstellungsklauseln	318
II. Elemente einer Gleichstellungsklausel	319
III. Abgrenzungskriterien zwischen den Gleichstellungsklauseln	320
1. Erfasster Personenkreis	323
2. Anwendungsbereich	323
3. Befugnisse der Amtsträger	325
a) Ausübung fremder Hoheitsgewalt	325
b) Ausübung exekutiver Funktionen	327
c) Bindung an deutsches Recht	328
4. Geschützte Rechtsgüter	328

5. Immunitätsvorschriften	330
6. Fazit	330
B. Analyse der untersuchten Gleichstellungsklauseln	331
I. Einordnung von Gleichstellungsklauseln in die Systematik des Internationalen und Europäischen Strafrechts	331
1. Instrument der Harmonisierung oder Assimilierung?	332
2. Gleichstellungsklauseln und Verweisungen	333
3. Beitrag zur Verwirklichung eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	335
a) Ziel der Verträge	335
b) Ein Raum der Gleichheit?	336
4. Gleichstellungsklauseln als Instrument der gegenseitigen Anerkennung	338
5. Internationales und Europäisches Strafprozessrecht	341
II. Gründe für die Schaffung von Gleichstellungsklauseln	342
1. Gegenseitigkeit und Verwirklichung gemeinsamer Ziele	342
2. Souveränitätsschutz	343
3. Flexibilität	344
III. Grenzen der Gleichstellungsklauseln	345
1. Verfassungsrechtliche Grenzen	345
a) Anforderungen an hoheitliches Tätigwerden ausländischer Amtsträger	345
b) Anforderungen des Demokratieprinzips	347
c) Anforderungen des Bestimmtheitsgrundsatzes	348
2. Begrenzung der Gleichstellungswirkung	350
a) Begrenzung durch Immunitätsvorschriften	351
b) Keine Fiktion der Ausübung deutscher Hoheitsgewalt	352
C. Zusammenfassung: Solidarität vs. Territorialität	353
5. Kapitel. Reformbedürftigkeit des deutschen Amtsträgerbegriffs	356
A. Keine Gleichstellung, sondern Anwendung des Rechts des Herkunftsstaats	356
B. Verbreitung des Gleichstellungsprinzips	357
I. Maßnahmen auf europäischer Ebene	358
1. Eigenes europäisches Amtsträgerstrafrecht	358
2. Erweiterung des Anwendungsbereichs des Europäischen Amtsträgers	360

3. Das Gleichstellungsprinzip als allgemeiner Grundsatz des europäischen Rechts	361
a) Grundgedanke	361
b) Herleitung	362
4. Regelwerk zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	363
II. Maßnahmen auf nationaler Ebene: Reformüberlegungen	365
1. Das Ende der Einschränkung auf das deutsche Recht	366
2. Regelung im Allgemeinen Teil des deutschen Strafrechts	367
a) Große Lösung vs. kleine Lösung	367
b) Formulierungsvorschlag	368
c) Abbildung des Stufenmodells der Schutzwürdigkeit	368
d) Auswirkungen einer Einfügung von § 11 Abs. 1 Nr. 2b StGB	369
C. Rechtspolitischer Ausblick	370
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	373
Literaturverzeichnis	381